

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

Einwanderung in die Sozialsysteme bekämpfen – Bundesratsinitiativen jetzt!

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass die Landkreise und Kommunen im Land trotz ihres vorbildlichen Engagements bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der immensen Zahl an Geflüchteten mit dem derzeitigen Zustrom Geflüchteter organisatorisch wie finanziell überlastet sind;
2. dass es einer geordneten wie strikten, die illegale Zuwanderung begrenzenden, Migrationspolitik und insbesondere des effektiven Schutzes der Außengrenzen, gleich ob europäischer oder nationaler, bedarf, um der Lage wieder Herr werden zu können;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. sich mittels einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die sogenannten Maghreb-Staaten, also das Königreich Marokko, die Demokratische Volksrepublik Algerien sowie die Tunesische Republik zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden;
2. im Bundesrat für eine Einstufung von Georgien und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten zu stimmen, sobald der diesbezügliche Beschluss des Bundeskabinetts vom 30. August 2023 vom Bundestag verabschiedet und anschließend im Bundesrat behandelt wird;
3. sich mittels einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, zur Vermeidung weiterer Pull-Faktoren ausreisepflichtigen Personen und Folgeantragstellern so weit wie möglich Sach- statt Geldleistungen zum Bestreiten ihres Lebensbedarfs zu gewähren;
4. sich für die Gewährung von Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber einzusetzen und dafür, dort, wo dies nicht möglich oder praktikabel ist, mittels der Zurverfügungstellung von aufladbaren Chipkarten zu agieren, mit denen es den Asylantragstellern ermöglicht wird, in Geschäften die für ihren Lebensunterhalt notwendigen Dinge kaufen zu können, ohne jedoch Bargeld zur Verfügung zu haben, das etwa dafür genutzt werden kann, Rücküberweisungen in ihre Heimatländer durchzuführen;
5. sich mittels einer Bundesratsinitiative sowie auf europäischer Ebene in den entsprechenden Gremien entschieden dafür einzusetzen, den im Sommer 2022 vorgenommenen Rechtskreiswechsel, der Geflüchteten aus der Ukraine dieselben Geldleistungen gewährt wie Bürgergeldempfängern, mittels Stichtagsregelung aufzuheben sowie auf eine gesamteuropäische, im Vergleich der Mitgliedsländer zueinander gerechte und möglichst einheitliche, Lösung die Geld- oder Sachleistungen betreffend hinzuarbeiten;
6. Straftäter und solche, die anderweitig aktiv gegen unsere Gesellschaft arbeiten, konsequent abzuschieben und sich hierfür – soweit notwendig – in den geeigneten Gremien dafür einzusetzen, die hierfür benötigten rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen sowie mit den betreffenden Herkunftsländern geeignete Rückführungsabkommen abzuschließen;

7. einen Transfer der in Deutschland gewährten Geldleistungen ins Ausland dadurch zu verhindern, dass – wo Sachleistungen nicht in Frage kommen – mittels des sogenannten „Financial Blockings“ einschlägige Finanztransaktionen wirksam unterbunden werden;
8. die Bundesregierung dabei zu unterstützen, dass über die Schutzgesuche von Menschen, die aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent kommen, künftig an den EU-Außengrenzen entschieden und bei abschlägigem Entscheid die Einreise in die Europäische Union wirksam verhindert werden muss und demnach, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zeitnah in die Praxis umzusetzen;
9. sich folglich klar gegen eine Neuverhandlung der unter Ziffer 8 dargestellten Reformpläne in der Bundesregierung oder anderen beteiligten Gremien auszusprechen.

27.9.2023

Dr. Rülke, Scheerer und Fraktion

Begründung

Es ist ohne Weiteres erkennbar, dass die Landkreise und Kommunen mit der hohen Zahl an Geflüchteten überfordert sind.

Wenngleich eine kontrollierte Migration in den Arbeitsmarkt dringend notwendig ist, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel zu begegnen, so muss doch die unkontrollierte Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme dringend bekämpft werden. Jeder, der von seiner eigenen Hände Arbeit lebt und seinen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten bereit ist, der ist herzlich willkommen. Wer jedoch lediglich plant, auf dem Rücken der Steuerzahler ein angenehmes und unbehelligtes Dasein zu fristen, der sorgt dafür, dass Verständnis und Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft schwinden. Wer Straftaten begeht oder anderweitig gegen die Gesellschaft arbeitet, der muss unser Land wieder verlassen.

Aus diesen Gründen bedarf es der oben dargestellten Maßnahmen, um die Migrationspolitik in klare Bahnen zu lenken.